



Teilnehmer der Jugendbegegnung 2016 des Deutschen Bundestages besichtigen das Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora in Thüringen. In diesem Jahr stand das Thema Zwangsarbeit im Fokus des Gedenkens.

© Deutscher Bundestag/Stella von Saldern

Unter Tage auf Spuren der dunklen NS-Geschichte

JUGENDBEGEGNUNG 2016 Besuch in Mittelbau-Dora

Die Luft ist stückig und kalt. Es riecht modrig. Einige Jugendliche stehen in dem Bergbaustollen des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora, das nahe Nordhausen in Thüringen liegt. Sie schauen in die drei einzigen Stollenkammern, die für Besucher zugänglich sind. Da die Alliierten nach dem Krieg versucht hatten, den Stollen zu sprengen, liegen überall Schutt und kaputte Stahlträger herum. In einer Kammer steht das Wasser einige Meter hoch. Viel ist nicht zu sehen. Die dürftige Beleuchtung ist der damaligen Nachempfunden. Es ist dunkel. Sehr dunkel.

Den Jugendlichen, Teilnehmer der diesjährigen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages, werden die „Kaninchentäler“ gezeigt. So nannten die hier inhaftierten Zwangsarbeiter die Bereiche, in denen sie schlafen mussten. Einer von ihnen ist Albert von Dijk, über dessen Schicksal im Stollen eine Tafel informiert. Von 1942 bis 1945 verbrachte der Holländer seine Jugendzeit hinter deutschen Stacheldraht in den Konzentrationslagern Buchenwald, Dora und Nüxel. Als junger Mann von 18 Jahren war er nicht bereit, sich dem Terror des Nationalsozialismus zu beugen und wurde daraufhin zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Seine Eindrücke der „Ställe“ in Mittelbau-Dora schilderte er eindringlich: „Ich warf einen Blick in die Kaninchentäler voller menschlicher Wesen(...). In den oberen Ebenen sah ich nackte, ausgemergelte Schatten, die offensichtlich Flöhe und Läuse aus den Lumpen klabten(...). Sie zerdrückten die Tiere zwischen den Zähnen. (...) Auf dem von Exkrementen verdreckten Boden(...) in den Gängen behinderten Tote das Durchkommen, wahrscheinlich von denen, die noch lebten, hinausgeworfen.“

Seit 1997 organisiert der Bundestag jährlich zum „Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus“ am 27. Januar eine Jugendbegegnung. In diesem Jahr stand die Zwangsarbeit im Fokus, ein erst in den 1980er Jahren öffentlich thematisiertes Verbrechen der NS-Zeit. Sechs Tage lang setzten sich die 75 Jugendlichen mit den Lebensgeschichten der Opfer und Täter auseinander, fuhren an historische Schauplätze und sprachen mit Zeitzeugen. Angereist waren sie nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen europäischen Ländern und sogar den USA. Viele von ihnen hatten sich auch schon abseits des Schulunterrichts oder Studiums mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt, etwa als Freiwillige in Denkmälern. Andere, wie etwa die 18-jährige Paulina Bozyk aus dem polnischen Kielce, haben eine ganz persönliche Beziehung zu dem Thema. Bozyk Urgroßvater wurde von den Deutschen als Zwangsarbeiter missbraucht und musste nahe Düsseldorf in einer Möbelfabrik arbeiten. Bei einem Arbeitsunfall verlor er einen Daumen.

Etwas 13 Millionen Menschen wurden während des Zweiten Weltkriegs zur Zwangsarbeit in das Gebiet des Deutschen Reichs verschleppt. Darunter waren etwa 4,6 Millionen Kriegsgefangene und 1,7 Millionen Häftlinge aus Konzentrationslagern. Die größte Gruppe bildeten die rund 8,4 Millionen ausländischen Zivilarbeiter – Männer, Frauen und Kinder – vor allem aus der Sowjetunion, Polen und Frankreich. Die Nationalsozialisten machten dabei deutliche Unterschiede. Während Zwangsarbeiter aus Westeuropa unter vergleichsweise besseren Bedingungen lebten, waren Ost-

europeäische diskriminierten Sonderlassen und der Willkür der Gestapo wehrlos ausgeliefert. Die im Nazijargon „Ostarbeiter“ genannten Menschen durften ihre Lager oft nur zur Arbeit verlassen und mussten ein entsprechendes Kennzeichen („OST“, „P“) auf der Brust tragen. Viele Unternehmen, nicht nur in der Rüstungsindustrie, profitierten von den Zwangsarbeitern. Nach dem Krieg wurden Zwangsarbeiter in ihren Heimatländern teilweise als Kollaboratoren diskriminiert. Einen Anspruch auf Entschädigung hatten viele Zwangsarbeiter lange nicht. Erst zum Ende der 1990er Jahre übernahmen die Bundesrepublik und Unternehmen mit Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ Verantwortung.

Ein Schwerpunkt der Begegnung war die Fahrt zum Mittelbau-Dora. In der Nacht zuvor hatte es noch

ordentlich geschneit, bei der Ankunft in dem ehemaligen Zwangsarbeiterlager in Nordhausen begrüßte eine fast zu idyllische weiße Landschaft die Teilnehmer. Einige wenige Baracken waren aus der Ferne zu erkennen. Das hier tief unter der Erde ein riesiger Bergbaustollen liegen sollte, erschien fast unreal. Selbst unter Tage ließen sich die Dimensionen dieses Orts der Zwangsarbeit nur erahnen. Denn von den einst 15 Kilometern des Stollensystems ist nur noch ein kleiner Teil, ungefähr ein Prozent der gesamten Fläche, erkundbar. Vor etwas mehr als 70 Jahren sah das ganz anders aus. Nach einem britischen Luftangriff auf Peenemünde an der Ostsee im August 1943 entschieden Adolf Hitler, Rüstungsminister Albert Speer und SS-Chef Heinrich Himmler, die Montage der „V1“ und „V2“, die gefürchteten „Vergeltungswaffen“, in die Anlagen im Berg Kohnstein zu verlagern. Bis dahin lagerte die Wehrmacht hier Treibstoff.

Am 28. August 1943 kamen die ersten Gefangenen aus dem 70 Kilometer entfernt gelegenen KZ im Lager an. Schon den Ausbau dieser unterirdischen Raketenfabrik bezahlten Tausende KZ-Häftlinge mit ihrem Leben. Bis Ende 1943 stieg die Zahl der Zwangsarbeiter auf über 10.000. Die Häftlinge mussten den Stollenböden betonen, Straßen bauen, weitere Kammern anlegen und die großen Produktionsmaschinen einbauen. Der Staub, der durch die Sprengungen in der Luft lag, zerstörte ihre Lungen. Tausende Häftlinge starben an Entkräftung und Unterernährung. Es gab keinerlei sanitäre Einrichtungen; halbierte Erdölfässer dienten als Latrinen. Mindestens ein Drittel der insgesamt etwa 60.000 Inhaftierten kam im KZ Mittelbau-Dora ums Leben. „Mittelbau-Dora ist das Symbol für das Leid der KZ-Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg“, so Jochen Guckes, Hauptorganisator der Jugendbegegnung.

Der Stollen, so riesig und doch gleichzeitig so erdrückend.

Der Stollen, so riesig und doch gleichzeitig so erdrückend. Nach nicht einmal einer halben Stunde wollten die Teilnehmer der Jugendbegegnung nur noch raus, raus aus diesem dunklen Verlies. Fragen will erstmal keiner mehr stellen, es sind zu viele Eindrücke. Mit einigen Abstand wird die Unvorstellbarkeit des Gehörten und Gesehenen klarer: „Wie konnten hier bis Ende des Krieges 60.000 Menschen arbeiten und leben?“, fragt sich Roxana Heidenreich, 19, aus Belgien. Aline Abboud ||

Die Teilnehmer diskutierten zudem mit Norbert Lammert und Ruth Klüger. Eine Video der Veranstaltung ist auf www.bundestag.de/mediathek verfügbar.

Ländliche Zwangsarbeit

AUSSTELLUNG Projektgruppe präsentiert Ergebnisse

Eine Ausstellung

im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages erinnert seit vergangener Woche an das Schicksal der Millionen Zwangsarbeiter während der Zeit des Nationalsozialismus. Im Fokus der Schau anlässlich des „Tag des Gedenkens“ an die Opfer des Nationalsozialismus“ unter dem Titel „NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum – Ausstellungsprojekte gegen das Vergessen“ stehen dabei jene Menschen, die abseits der großen Städte zur Arbeit gezwungen wurden. Dokumentiert wird dabei das Schaffen der Projektgruppe

„Zwangsarbeit“, die seit mehreren Jahren mit ihrer Arbeit auf das Schicksal der Zwangsarbeiter auf dem Land aufmerksam macht. Die vom Bundestag initiierte und durch ihn ermöglichte Ausstellung zeigt erstmals retrospektiv in einem bundesweiten Überblick Beispiele dieser Arbeit.

Die Ausstellung wird bis 26. Februar im Bundestag gezeigt. Sie kann jeweils montags von 9 bis 16 Uhr, dienstags von 9 bis 17 Uhr und freitags von 9 bis 14 Uhr besichtigt werden. Eine Anmeldung ist erforderlich. Diese ist telefonisch unter (030) 227-38883, per E-Mail an ausstellungen@bundestag.de oder direkt online auf www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung möglich. Angegeben werden müssen der Vor- und Zuname, das Geburtsdatum sowie Zeit und Datum des Besuchswunsches.



Die List Zuvor hatte die 1931 in Wien geborene Klüger eindrücklich und im sachten Zungenschlag ihrer Geburtsstadt von ihren Erlebnissen berichtet. Die Erfahrungen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bildeten in diesem Jahr den Schwerpunkt des seit 1996 im Bundestag begangenen Gedenkens. Die Literaturwissenschaftlerin, deren Vater ein jüdischer Gynäkologe und Halbbruder von den Nazis umgebracht wurden, war 1942 mit ihrer Mutter nach Theresienstadt und später nach Auschwitz-Birkenau ins sogenannte „Theresienstädter Familienlager“ verschleppt worden. Die meisten dorthin Deportierten wurden in den Gaskammern ermordet. Klüger entging diesem Schicksal durch eine List. Im Sommer 1944 gelang es ihr, sich in eine „Selektion“ arbeitsfähiger Frauen „einzuschmuggeln“. Die damals Zwölfjährige gab sich auf Anraten einer Schreiberin als 15-jährige aus. Es sei „eine sehr unwahrscheinliche Lüge“ gewesen, gab Klüger zu, „denn ich war nach fast zwei Jahren Theresienstadt unterernährt und unentwickelt“. Als ein Mann der SS Zweifel an dieser Angabe äußerte, habe die

Die Reden von Ruth Klüger und Norbert Lammert sind in der Debatten-dokumentation abgedruckt. Eine Videoaufzeichnung ist auf www.bundestag.de zu finden.

Die Ausstellung wird bis 26. Februar im Bundestag gezeigt. Sie kann jeweils montags von 9 bis 16 Uhr, dienstags von 9 bis 17 Uhr und freitags von 9 bis 14 Uhr besichtigt werden. Eine Anmeldung ist erforderlich. Diese ist telefonisch unter (030) 227-38883, per E-Mail an ausstellungen@bundestag.de oder direkt online auf www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung möglich. Angegeben werden müssen der Vor- und Zuname, das Geburtsdatum sowie Zeit und Datum des Besuchswunsches.

